

Beer, Elisabeth; Ederer, Brigitte

Article

Industriepolitik der österreichischen Banken

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Beer, Elisabeth; Ederer, Brigitte (1987) : Industriepolitik der österreichischen Banken, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 13, Iss. 3, pp. 353-370

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332253>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Industriepolitik der österreichischen Banken

**Elisabeth Beer
Brigitte Ederer**

1. Interessenkonflikt Bank- und Industriegeschäft?

In dem vorliegenden Beitrag werden die historische Entwicklung sowie Erfolg bzw. Mißerfolg der industriepolitischen Aktivitäten der beiden verstaatlichten Großbanken Länderbank und Creditanstalt analysiert. Es wird versucht aufzuzeigen, welche Geschäftspolitik die beiden Banken mit ihren Industriebeteiligungen seit ihrem Bestehen verfolgen. Dabei stießen wir unweigerlich auf die grundsätzliche Frage, ob Banken überhaupt Industriebeteiligungen halten sollen. Eine eindeutige Antwort auf diese Frage ist nicht leicht zu geben und hängt auch stark von den jeweiligen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie etwa Industriestruktur und Art des Bankengeschäftes ab.

Die Bank als (Mit-)Eigentümer an einem Industriebetrieb trägt neben dem Bank- auch das volle Unternehmerrisiko. Krisen des Beteiligungsunternehmens übertragen sich in zweifacher Hinsicht auf das Bankinstitut: Zum einen ist die Bank Kreditgeber und muß in Krisenzeiten um die Rückzahlung der Kredite bangen; zum anderen trägt die Bank als Eigentümer das Insolvenzrisiko bzw. ist es für sie aus Gründen der Reputation kaum möglich, ein solches Unternehmen in den Konkurs gehen zu lassen. Die Gläubiger des Unternehmens erwarten im Falle von Zahlungsproblemen, daß die Bank als Muttergesellschaft weiter Kredite gibt. So kann die Bank im Fall einer schlechten wirtschaftlichen Entwicklung ihres Beteiligungsunternehmens und Schuldners in dessen Abhängigkeit geraten und wird – um die Beteiligung nicht zu gefährden – eher bereit sein, zusätzliche Kredite zu gewähren und so

„gutes Geld dem schlechten nachwerfen“. Die Bank trägt somit ein doppeltes Risiko. Die Zahlungsunfähigkeit einer Beteiligungsgesellschaft kann sogar – je nach Größenordnung – zur Gefährdung der Bank selber führen. Ein Vertrauensverlust der Geldeinleger kann unmittelbar zum Bankenzusammenbruch führen, was wiederum die volkswirtschaftliche Aufgabe, die Banken als Finanzintermediäre zu erfüllen haben, beeinträchtigen würde. In der Vergangenheit ist diese Gefahr durch die Verlustabdeckung durch den Steuerzahler vermieden worden (1931 und 1985 für die Creditanstalt und 1981 für die Länderbank).

Gilt dieses doppelte Risiko für alle Banken, die Beteiligungen an Industrieunternehmen haben, so erlaubt ein österreichisches Spezifikum – nämlich die Enge des Kapitalmarktes – den Banken kaum, ihre Beteiligungen abzubauen und damit das Risiko zu minimieren. Ganz im Gegenteil: Aufgrund historischer Ursachen tätigen die Banken einen wesentlichen Teil des Umsatzes an der Börse selbst. Sind uns in diesem Zusammenhang keine genauen Zahlen bekannt, so läßt sich diese Vermutung daraus ableiten, daß die Banken einen beträchtlichen Anteil des Festbesitzes am Grundkapital börsennotierter Gesellschaften halten und von ihrem Selbsteintrittsrecht häufig Gebrauch machen. Das Ausmaß des Selbsteintrittsrechts an den Gesamtumsätzen an der Börse betrug im gewogenen Durchschnitt der letzten zehn Jahre über 50 Prozent,¹ wobei aber zu dessen Ausübung die Geldinstitute über ihr Beteiligungsportefeuille hinaus auch andere inländische Aktien in ihrem Handelsbestand führen.

Erst in jüngster Zeit, nachdem eine Reihe von steuerlichen Maßnahmen seitens der Regierung – u. a. die Begünstigung des Erwerbs junger Aktien im Einkommensteuergesetz und andere „klimatische“ Veränderungen an der Börse – zu einer Belebung des österreichischen Aktienmarktes geführt haben, haben auch die beiden verstaatlichten Großbanken Teile ihrer Industriebeteiligungen (wie z. B. die Chemiefaser Lenzing AG) an der Börse placiert. Interessenkollisionen können auch dadurch entstehen, daß die Bank gleichzeitig als Eigentümer und Veranlagungsberater fungiert, vor allem wenn diese Doppelfunktion die Banken dazu verleitet, in ihrer Beratungstätigkeit ihre Beteiligungspapiere, die ebenfalls an der Börse gehandelt werden, in einem für sie günstigeren Licht zu präsentieren.

Aber auch auf den Geldmärkten können Industriebeteiligungen von Banken zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Die Tatsache, daß ein kreditnehmendes Industrieunternehmen der Bank gehört und Bankenvertreter in dessen Aufsichtsrat sitzen, schränkt den Kreditnehmer in seiner Mobilität bei der Geldbeschaffung ein, was das Akzeptieren von schlechteren Konditionen zur Folge haben kann.

Auf der anderen Seite können von Bankenbeteiligungen an Industrieunternehmen aber auch volkswirtschaftliche Vorteile ausgehen. Geht man von der Annahme aus, daß Banken als Eigentümer eher langfristige Interessen verfolgen, wird das Faktoreinkommen auf lange Sicht maximiert. Ebenso hat die Bank als Intermediär Zugang zu wertvollen wirtschaftlichen Informationen, die sie einerseits in ihre strategischen

Entscheidungen ihre Beteiligungen betreffend einfließen, bzw. andererseits ihren Beteiligungsunternehmen zukommen lassen kann.

Die Frage, ob Banken *überhaupt* branchenfremde Beteiligungen besitzen sollten, ist nicht eindeutig mit ja oder nein zu beantworten und für Österreich kurzfristig auch eine rein akademische. Längerfristig hat diese Fragestellung aber sehr wohl ihre Berechtigung. So verfolgt die CA-BV – dies wird im Laufe dieser Arbeit dokumentiert – seit Ende der siebziger Jahre die Strategie des Verkaufes ihrer Industriebeteiligungen.

Die Forderung, die Banken sollten verlustbringende Beteiligungen aus nationalem Interesse weiter halten, ist sicher wirtschaftspolitisch nicht sinnvoll. Aufgabe der Banken als Eigentümer wäre es unserer Ansicht nach, dafür zu sorgen, daß eine solche Situation gar nicht eintritt. Es gilt – genauso wie in der direkt Verstaatlichten Industrie – Unternehmungen zu schaffen, die Erträge erwirtschaften und damit langfristig lebensfähig sind. Die Etablierung solch einer österreichischen Industrie, die in der Lage ist, sich auf dem Weltmarkt zu bewähren, würde auch im Interesse der volkswirtschaftlichen Zielsetzungen liegen und damit insgesamt einen positiven Anstoß für die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs darstellen. In diesem Sinne analysieren wir die industriepolitische Funktion der Creditanstalt-Bankverein (früher Creditanstalt) und der Österreichischen Länderbank in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

2. Industriepolitik der Banken in der Monarchie und der Ersten Republik

Die Industrialisierung in Österreich steht in einem engen Zusammenhang mit der Entstehung und Entwicklung des modernen Bankensystems. Die Donaumonarchie war Mitte des 19. Jahrhunderts überwiegend ein Agrarland, wobei ihre industrielle Rückständigkeit im Vergleich zu den westeuropäischen Ländern unter anderem auf das wenig ausgebaute Eisenbahnnetz und den fehlenden Kreditapparat zurückzuführen war.²

1855 wurde die Creditanstalt für Handel und Gewerbe unter der Führung des Hauses Rothschild gegründet. Die Absicht, die dahinter stand, war einerseits, eine Ausdehnung des französischen Credit mobilier auf Österreich zu verhindern, andererseits die Methoden des Credit mobilier in Österreich zur Anwendung zu bringen.³ „Die Creditanstalt sollte, darin hatte man die Ideen des Credit mobilier am besten aufgegriffen, die gesamte österreichische Volkswirtschaft beherrschen, sie sollte nicht allein die Kreditbedürfnisse in viel weiterem Umfang als dies bisher der Fall war, erfüllen, sondern sie sollte vor allem das Neuland der Gründungen betreten, neue Unternehmungen schaffen, bei allen Veraktionierungen ihre Hand im Spiel haben und besonders, das war der geheime, aber wohl der wichtigste Zweck, der den Gründern vorschwebte, dadurch, daß sie die größte Marktgruppe der

Börse bildete, diese selbst in uneingeschränkter Weise beherrschen.“⁴

Trotz dieser hochgesteckten Ziele beschränkte sich die Creditanstalt zu Beginn ihres Bestehens vor allem auf die Gründung und den Ausbau von Eisenbahngesellschaften. Dieses Gebiet schuf durch die gänzliche Umgestaltung des Verkehrswesens neue Voraussetzungen für die Volkswirtschaft Österreichs und war zweifellos sehr ertragreich.

Wesentlich zurückhaltender war die Creditanstalt bei der Beteiligung an Industrieunternehmungen. Dies dürfte weniger auf den Mangel an Kapital oder auf den Wunsch, das Risiko zu minimieren, zurückzuführen sein, als vielmehr auf die geschäftspolitische Überzeugung, wonach „die industrielle Sphäre vornehmlich die Domäne des einzelnen Unternehmens bleiben mußte, dem die Bank nur Beistand in der Form von kurzfristigen Krediten zu gewähren hätte“.⁵ Gab es auf der einen Seite diese selbst auferlegten Beschränkungen, so bezeichnet Scheffer die Geschäftspraktiken der Creditanstalt im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens als „mitunter recht unvorsichtig, ja ausgesprochen leichtsinnig“,⁶ und mußte daher bereits einige Jahre nach ihrer Gründung erhebliche Verluste von einigen Beteiligungsunternehmen zur Kenntnis nehmen. So war die Creditanstalt zum Beispiel gezwungen, ihren Aktienbesitz an der Theißbahn laufend abzuwerten und für das Jahr 1862 „hätte sich bei richtiger Bilanzierung eine Differenz von 2,6 Millionen aus dieser Post ergeben, was die Dividende dieses Jahres vollkommen aufgezehrt hätte“.⁷

Die Creditanstalt konnte in den Stagnationsjahren 1861 bis 1866 nicht dieselbe Funktion – hinsichtlich der Finanzierung der neuen Eisenbahnen – ausüben wie in den Jahren unmittelbar nach ihrer Gründung. Sie mußte sich im wesentlichen darauf beschränken, den ihr nahestehenden Unternehmungen die finanziellen Mittel für die Vollendung ihrer Linien zur Verfügung zu stellen. Im Konjunkturaufschwung zwischen 1867 und 1873 gelang es, den Bestand an eigenen Effekten erheblich abzubauen und so dem Grundsatz, nur eine vermittelnde Funktion zwischen Kapitalbesitz und kapitalbedürftiger Wirtschaft einnehmen zu wollen, wieder stärker gerecht zu werden. War der Bestand an eigenen Effekten 1866 noch fast 20 Millionen Gulden, so sank dieser bis 1873 auf 11,6 Millionen Gulden. Doch unbeschadet der nach wie vor bestehenden Zurückhaltung bei der Beteiligung an Industrieunternehmungen spielte die Creditanstalt dennoch eine wichtige Rolle bei der Finanzierung der Industrie. „Von den 11,6 Millionen Gulden Eigeneffekten, die im Jahre 1873 in ihrem Portefeuille verblieben, entfielen rund 2 Millionen auf Kohlengruben, Eisenhütten- und eisenverarbeitende Betriebe.“⁸ Der konjunkturelle Aufschwung fand 1873 mit dem sogenannten „schwarzen Freitag“ an der Wiener Börse ein jähes Ende. Der Einbruch der Börsenkurse prägte die folgenden Jahre und Jahrzehnte. Die Banken entzogen sich vorübergehend dem Finanzierungs- und Gründungsgeschäft der industriellen Sphäre und das breite Publikum, welches als der große Verlierer aus dem Kapitalmarktzusammenbruch hervorging, konnte praktisch bis heute das Vertrauen in industrielle Beteiligungen nicht wiedergewinnen.

1880 wurde die Länderbank über Initiative des französischen Finanzmannes Eugène Bontoux gegründet. Ein Pariser Syndikat übernahm die zur Emission gelangten Aktien der Länderbank. Beide Banken wandten sich Ende der achtziger Jahre verstärkt dem industriellen Bankengeschäft⁹ zu. Ausschlaggebend dafür war einerseits hohe Liquidität, aber geringe Ergiebigkeit des staatlichen Anleihegeschäftes, andererseits günstige wirtschaftliche Aussichten aufgrund der industriellen Expansion im Bereich der Elektroindustrie und anderer technischer Gebiete. Hinzu kam der sich verschärfende Wettbewerb um das laufende Geschäft mit Industrie und Handel, wobei es ratsam erschien, sich durch die Übernahme von Eigentumstiteln der „Loyalität“ der Kunden zu versichern.

Im Zuge der Bemühungen, das kapitalkräftige Publikum für Anteilspapiere zu gewinnen, waren die Großbanken bereit, die Aktien neuer Gesellschaften vorerst im eigenen Portefeuille zu behalten, um so das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Lebensfähigkeit der neuen Unternehmen zu gewinnen.¹⁰ Das zahlungskräftige Publikum bevorzugte dennoch den Kauf von Anteilsscheinen an Aktienbanken gegenüber Aktien von Industrieunternehmen. Diese Vorgangsweise fand in dem sprunghaft steigenden Aktienkapital der Großbanken um die Jahrhundertwende seinen Niederschlag.

Eine wirklich aktive Rolle der Creditanstalt und der Länderbank im industriellen Bereich ergab sich dann Mitte der neunziger Jahre. Durch das Eintreten der deutschen Gründungskonjunktur, die sich zu diesem Zeitpunkt auch langsam auf Österreich ausdehnte, fanden die Banken ökonomische Voraussetzungen vor, die sie zu einer erheblichen Gründungstätigkeit veranlaßten. Sie förderten die Herausbildung des modernen Großbetriebes, indem sie Neugründungen und Fusionen finanzierten und für die Liquidität der ihnen nahestehenden Industrieunternehmen sorgten. In der ersten Entwicklungsphase des industriellen Gründungsgeschäftes – von der Mitte der neunziger Jahre bis zum Beginn der Hochkonjunktur im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts – war die geschäftliche Strategie der Banken, keinem äußerlich erkennbaren selektiven Prinzip unterworfen. Der engere Kontakt mit der einen oder anderen industriellen Branche ergab sich „zufällig“ aus der täglichen Praxis und der Entschluß, die Mittel der Bank für eine längere Frist in einem industriellen Unternehmen zu binden, war meist von engen Rentabilitätsabwägungen bestimmt. Während der Jahre 1905 bis 1913, die man als zweite Entwicklungsphase des industriellen Gründungsgeschäftes bezeichnen konnte, gingen die Banken in ihrer Finanzierungstätigkeit hingegen strategisch vor. Die einzelnen Institute schränkten ihr Betätigungsfeld auf bestimmte Industriezweige ein, in welchen sie, die Industrialisierung vorantreibend, Neugründungen und Fusionen finanzierten und ihnen nahestehenden Gesellschaften Investitionskapital bereitstellten. Das Engagement der Länderbank galt der ungarischen Schwerindustrie, das der CA der Textil-, Spiritus- und Zuckerindustrie. Folge dieser Geschäftspolitik war eine zunehmende Marktkonzentration, da die durchgeführten Rationalisierungsmaßnah-

men und Produktionsabstimmungen die Konkurrenz beseitigten. Darüber hinaus nahmen die Banken auch Einfluß auf das Marktverhalten ihrer Konzernbetriebe, indem oft unter ihrer Führung Kartelle gebildet wurden.

Dieses aktive Verhalten der Banken führte dazu, daß vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges die Banken einen beträchtlichen Teil des Kapitals österreichischer Aktiengesellschaften kontrollierten. Der tschechische Wirtschaftshistoriker Jurij Krizek dokumentiert eindrucksvoll, welche erheblichen Anteile die neun Wiener Großbanken damals am Aktienkapital der gesamten Industrie hatten;¹¹ März schätzt ihren Anteil an der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie auf über 50 Prozent.¹²

Die aufgezeigte Entwicklung drängt den Eindruck auf, daß die Creditanstalt und die Länderbank der ihnen zugedachten bestimmenden Rolle in der industriellen Entwicklung Österreichs somit erst in den letzten Friedensjahren im vollen Umfang nachkamen.

Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie änderte sich die wirtschaftliche Situation grundlegend. Sowohl der CA- als auch der Länderbank-Konzern hatten hohe Vermögensverluste in den Sukzessionsstaaten zu tragen, da diese die Filialen der österreichischen Banken und deren Industriebeteiligungen nationalisierten. „Die Schiffahrtsgesellschaften und die großen Werften an der Adria, die Orientalischen Eisenbahnen, die schwerindustriellen Eisenbahnen in der Tschechoslowakei, die galizischen Petroleum-Gesellschaften usw. mußten ganz oder teilweise fremden Kapitalinteressen überlassen werden.“¹³ Die Banken gingen in diesen unmittelbaren Nachkriegsjahren auch kaum neue industrielle Engagements ein, da es galt, jenen Unternehmen, die bereits im Naheverhältnis standen, das Überleben zu sichern.

Nach dem Ersten Weltkrieg sah sich die importabhängige österreichische Wirtschaft oft auch zum Verkauf von Beteiligungen – meist an das Ausland – gezwungen, um so für einen beträchtlichen Teil ihrer Nahrungsmittel- und Rohstoffimporte aufzukommen. Dieser Verkauf an ausländische Eigentümer hielt dann in den zwanziger und dreißiger Jahren an, allerdings aus anderen Gründen. Zur Zeit der Hyperinflation und der dadurch verursachten erheblichen Verteuerung von Leihkapital blieb Unternehmungen oft kein anderer Weg, als der der Anlehnung an ausländisches Kapital. Vor allem deutsches Kapital floß in erheblichem Ausmaß in die österreichische Industrie. 1932 betrug der deutsche Anteil am Aktienkapital der österreichischen Elektroindustrie bereits 50 Prozent, an Berg- und Hüttenwerke 34 und an der Elektrizitätswirtschaft 28 Prozent.¹⁴

Der Auslandseinfluß machte aber auch vor den Banken nicht halt. 1921 verlegte die Länderbank ihren Sitz nach Paris, seit 1931 waren die öffentliche Hand und das Haus Rothschild Großaktionäre der Creditanstalt und „im Jahr 1932 gab es keine einzige größere Wiener Bank, an der nicht ausländisches Kapital beteiligt gewesen wäre“.¹⁵

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß zum Zeitpunkt des Anschlus-

ses Österreichs an das Deutsche Reich, die österreichische Industrie vom Ausland und von den Banken dominiert war. Nach dem Anschluß erfolgte dann rasch die Unterordnung der österreichischen unter die nationalsozialistische Wirtschaft. „So trachteten deutsche Firmen Beteiligungen der früheren österreichischen Großbanken und Großaktionäre unter dem Titel ‚Germanisierung‘ käuflich zu erwerben. Dies geschah jedoch vielfach durch direkten und indirekten Zwang. Als Beispiel sei hier der am 30. Juni 1938 nach mehrwöchigen Verhandlungen abgeschlossene Verkauf der Beteiligungen der Creditanstalt an der Steyr-Daimler-Puch AG, den Steirischen Gußstahlwerken, Judenburg, der Maschinen- und Waggonfabrik AG in Simmering, den Feinstahlwerken Traisen sowie der Kärntnerischen Eisen- und Stahlwerksgesellschaft an die Hermann-Göring-Werke erwähnt.“¹⁶

3. Industriebeteiligungen der verstaatlichten Großbanken nach dem Zweiten Weltkrieg¹⁷

Am 24. Juli 1946 wurden die Österreichische Creditanstalt-Bankverein (CA-BV) und die Österreichische Länderbank (ÖLB) im Rahmen des Ersten Verstaatlichungsgesetzes verstaatlicht. Im Eigentum der Banken standen damals eine Reihe von Industrieunternehmen, die dadurch ebenfalls indirekt verstaatlicht wurden. Der Versuch, die im Jahr 1946 im Besitz der CA-BV befindlichen Industriegesellschaften zu erheben, ergab folgende Liste:¹⁸

Textil, Bekleidung, Leder:	Pottendorfer Textilwerke GmbH Vöslauer Kammgarnfabrik Aeterna Schuhfabriks AG Ebreichsdorfer Filzhutfabrik Gebrüder Enderlin Guntramsdorfer Druckfabrik Ph. Haas & Söhne (Aktiengesellschaft der Teppich- u. Möbelstoff-Fabriken vormals Philip Haas & Söhne) Hanf-, Jute u. Textilindustrie (später Hitiag GmbH)* Österr. Bettfedern-Fabriks AG „Patria“ Spinnerei- u. Wirkwarenfabriken
Maschinen:	Tiller Bekleidungs AG Hutter & Schrantz AG*) Maschinenfabrik Andritz*) Maschinenfabrik Heid*) Wertheim Werke AG Wiener Brückenbau- u. Eisenkonstruktions AG
Papier:	Leykam Mürztaler Papier u. Zellstoff AG*)

	Mürztaler Holzstoff- u. Papier-Fabriks AG
	Samum Vereinigte Papier- u. Industrie KG
Chemie:	Semperit AG*)
	Akalit Kunsthornwerke
Fahrzeug:	Steyr-Daimler-Puch AG*)
Glas:	Stölzle Oberglas AG*)
Eisen- u. Metall:	Austria Email AG
	Lapp Finze
	„Austrolux“ Wr. Elektroleuchten GmbH
	Phöbus-Werke
	C. Schember & Söhne
	Friedrich Siemens
E-Wirtschaft:	Martin Miller
Steine u. Erden:	Öspag (Österr. Keramik AG)
Bau:	Universale Bau AG*)
	Wienerberger Baustoffindustrie AG*)
Nahrungs- u. Genußmittel:	Theodor Etti

*) Die mit *) gekennzeichneten Unternehmen sind heute noch mehrheitlich im Besitz der CA-BV. Neben diesen gehören noch die Jenbacher Werke AG, die 1959 übernommen wurden, mehrheitlich zum heutigen Industriekonzern der CA-BV

Die Zahl der im Jahr 1946 der Österreichischen Länderbank gehörenden Industrietochtergesellschaften umfaßte lediglich zwei große Industriebetriebe: Waagner-Biró AG (Maschinenindustrie) und Perlmooser Zementwerke AG (Steine u. Erden). Beide Unternehmen stellen auch noch heute Beteiligungen der Österreichischen Länderbank dar, Waagner-Biró zu 100 Prozent, Perlmooser mehrheitlich mit einer ausländischen Minderheit. Nach 1946 wurden nur mehr drei Unternehmen mehrheitlich von der ÖLB übernommen. 1949 Lenzing AG, 1970 AG für Bauwesen und 1976 Stuaag Straßen- und Tiefbau Unternehmung AG. Alle weiteren Beteiligungen wie J. M. Voith (seit 1958), Allgemeine Baugesellschaft A. Porr AG (seit 1978) und Hallein Papier AG (seit 1979) stellen paritätische bzw. Minderheitsbeteiligungen dar. Neben der wesentlich geringeren Zahl an Industriebeteiligungen der ÖLB stellt auch die geringere Orientierung an Mehrheitsbeteiligungen einen wesentlichen Unterschied zur Beteiligungspolitik der CA-BV dar. Doch dies soll im folgenden noch genauer dokumentiert werden.

Versucht man die Industriepolitik der beiden verstaatlichten Banken für die ersten zwanzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg zu analysieren, so ist man leider auf spärliches Datenmaterial angewiesen. Jahrelang kam es überhaupt zu keinen Veröffentlichungen, was die Zahl der Beteiligungen und deren Unternehmenskennzahlen betrifft. Vodopivec schreibt 1960 in seinem Buch „Wer regiert in Österreich“: „Auch heute noch ist die Tendenz stark, die indirekten Beteiligungen des Staates als Staatsgeheimnisse zu behandeln. Deshalb haben auch erste Versuche

des Finanzministeriums, im Jahre 1958 in den Budgeterläuterungen eine Liste dieser Beteiligungen zu veröffentlichen, heftigsten Widerstand bei den Betroffenen zur Folge gehabt. Die schließlich doch veröffentlichten Untersuchungen umfassen weder die genaue Anzahl dieser Konzernunternehmen noch geben sie vollständigen Aufschluß über das Ausmaß der Beteiligungen.¹⁹ Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes²⁰ aus dem Jahre 1958 ist die erste konkrete Unterlage über die Beteiligungen der beiden Großbanken. So wie bei ihrer Gründung spielten die ÖLB und die CA-BV auch beim Wiederaufbau der österreichischen Industrie nach dem Zweiten Weltkrieg eine maßgebende Rolle. Beide Banken wiesen in ihrer Stellungnahme zum Rechnungshofbericht darauf hin, daß die Bedingtheiten des österreichischen Kapitalmarktes eine andere Finanzierung der Industrie als im Wege der Beteiligung durch die Banken nur in beschränktem Umfang zuließen. Zwischen 1945 und 1958 wurden zum Beispiel um 10,9 Milliarden Schilling Anleihen (Bundes- und Länderanleihen, Pfandbriefe, Kommunal-Schuldverschreibungen und Anleihen der Energieunternehmen) am Kapitalmarkt untergebracht, jedoch nur 60 Millionen zugunsten der Industrie. Diese Situation am Kapitalmarkt machte es den Banken praktisch unmöglich, ihre Beteiligungen abzubauen. Es drängt sich einem aber der Verdacht auf, daß dies die Banken bzw. ihre damaligen Generaldirektoren gar nicht wollten. So dürfte es der Wunsch des Generaldirektors der CA-BV, Dr. Joham, gewesen sein, der eher von der SPÖ dominierten Verstaatlichten Industrie ein ÖVP-Pendant in Form eines Industriekonzerne der CA-BV entgegenzusetzen.

Sowohl Dr. Joham als auch Dr. Landertshammer, Generaldirektor der ÖLB fühlten sich weniger als Institutsleiter, vielmehr als Miteigentümer, die bemüht waren, ihren Macht- und Einflußbereich noch weiter auszudehnen bzw. abzurunden. Dafür war ein verstärktes Beteiligungsengagement sicherlich ein taugliches Instrument. Aber aktive industriepolitische Zielsetzungen dürften auch in dieser Phase kaum vorhanden gewesen sein. Beide Banken haben zwar mit der Begründung der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit erhebliche Leistungen gegenüber ihren Beteiligungen erbracht: „Zur finanziellen Stärkung zahlreicher Unternehmungen gewährte die Bank günstigere Zinsenkonditionen bis zu völliger Zinsfreiheit, und wenn auch diese Maßnahmen noch nicht ausreichten, verzichtete sie weitgehend auf ihre Kapitalforderungen“,²¹ doch ein industriepolitisches Konzept ist aus den vorhandenen Unterlagen nicht herauszulesen. Die Erträge aus den Beteiligungen der beiden Großbanken waren bis Mitte der fünfziger Jahre vernachlässigbar bzw. überhaupt nicht vorhanden. Erst ab 1956 kam es bei der Mehrzahl der Konzernunternehmungen zu Dividendenausschüttungen.²²

Nicht zuletzt aufgrund der Empfehlung des Rechnungshofes, der die Meinung vertrat, daß eine Anhäufung von Konzernunternehmen erhöhte Gefahren mit sich bringe, verkaufte die CA-BV nach 1958 eine Reihe von kleineren Beteiligungen. In den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1964 werden für die CA-BV nur mehr 14 Beteiligungen an

Industrieunternehmen und zwei an Bauunternehmungen ausgewiesen. Zur gleichen Zeit erwarb die Länderbank die Lenzing AG und J. M. Voith.

Nach der unmittelbaren Wiederaufbauzeit der österreichischen Industrie nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich spätestens ab Mitte der sechziger Jahre das Verhältnis von CA-BV und ÖLB zu ihren Beteiligungen. Da die Unternehmungen ihren Geschäftsverkehr fast zur Gänze über ihre Muttergesellschaft abwickelten, aber auch als Einleger oder Kreditnehmer auftraten, trugen sie gerade in den sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre nicht unerheblich zum Geschäftserfolg der Banken bei.²³ So betrug der Anteil der Beteiligungsunternehmen am Kreditgeschäft der CA-BV 1968 zwischen 10 und 12 Prozent, der Anteil der Einlagen zwischen 3 und 6 Prozent. Verstärkend kommt hinzu, daß zu dieser Zeit ein erheblicher Anteil der an der Wiener Börse gehandelten Aktien und Wandelanleihen auf die Konzernunternehmungen der verstaatlichten Banken entfällt (allein ein Drittel auf die Beteiligungsunternehmen der CA-BV). Somit hatten die Unternehmungen auch für das Effektengeschäft der Banken eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Die Banken ihrerseits – vor allem die CA-BV – akzeptierten immer wieder hohe Forderungsnachlässe gegenüber den Beteiligungsunternehmen und legten „Verlustbetriebe erst nach wiederholten und sich über lange Zeiträume erstreckenden Sanierungsversuchen still“.²⁴

Man akzeptierte zwar diese Forderungsverluste bzw. Nachlässe, war aber auf der anderen Seite nicht bereit, die Konzernunternehmungen mit dem notwendigen Eigenkapital auszustatten. Ein Grund hierfür könnten Rentabilitätsüberlegungen gewesen sein: anstelle von Kapitalerhöhungen Kredite zu gewähren bringt in der Regel für die Bank eine bessere Verzinsung. Vergleicht man die Rentabilität von Beteiligungs- und Kreditfinanzierung, so ist zu beobachten, daß die Durchschnittsrendite des Kapitaleinsatzes im Beteiligungsbesitz (4,5 Prozent) in dem betrachteten Zeitraum niedriger lag als die durchschnittliche Verzinsung der von der Bank eingeräumten Kontokorrent- und Wechselkredite. Dazu kommt, daß es zur schlechten Tradition beider Banken gehört, daß sie, was die Konditionen betrifft, ihre Beteiligungsunternehmen nicht nur nicht bevorzugt, sondern oft sogar schlechter bedienen als andere Industriekunden.

Durch die Verhandlungen über den Verkauf eines Aktienpaketes an der Wertheim-Werke AG, des größten österreichischen Aufzugs- und Kasseneinrichtungsherstellers, an einen ausländischen Konzern leitete die CA als Hauptaktionär von Wertheim Ende der sechziger Jahre indirekt den Ausverkauf fast der gesamten österreichischen Aufzugsherstellerindustrie ein, die bis dahin mehrheitlich in Familienbesitz war. 1969 gingen 40 Prozent der Wertheim-Werke an den Schweizer Aufzugskonzern Schindler über.

Ab Mitte der siebziger Jahre kam es dann in einigen Beteiligungsunternehmen – vor allem der CA-BV zu erheblichen strukturellen Problemen. In zwei Fällen – bei der Vöslauer Kammgarn AG und bei Semperit – versuchte die Leitung der CA-BV aktiv industriepolitische Maßnah-

men zu setzen. Leider waren beide Versuche nicht erfolgreich. 1976 wurden drei sanierungsbedürftige österreichische Textilunternehmen im Zuge der Textillösung Ost zur Vöslauer Kammgarn AG zusammengeschlossen. Ziel der Fusion war es, eine Strukturbereinigung in diesem stark durch Niedriglohnländer umkämpften Markt, vorzunehmen. Mehrheitsaktionär war unmittelbar nach dem Zusammenschluß das Bankhaus Schoeller. Die CA-BV war zuerst Kreditgeber, beteiligte sich aber kurz darauf. Ausschlaggebend dafür war nach Auskunft der Bank, daß Forderungen aus der Kreditgewährung an die Vöslauer Kammgarn in Kapital umgewandelt wurden. Zum Zeitpunkt des Konkurses 1978 war die CA-BV dann größter Kreditgeber und Mehrheitsaktionär. „Bis zur Konkurseröffnung hatte dieses Engagement die Ertragslage der Bank mit rund 150 Millionen Schilling aus Abschreibungen des Aktienkapitals, 46 Millionen an Kapital und Zinsnachlässen und rund 15 Millionen an nicht verrechneten Zinsen belastet.“²⁵ Der zweite Versuch der CA, bei einer Tochtergesellschaft ein industriepolitisches Konzept zu verwirklichen, betraf die Semperit AG. Eine weltweite Krise in der Reifenindustrie, gekennzeichnet durch überkapazitäten und Preisverfall, führte zu Beginn der siebziger Jahre zu einer Konzentrationswelle, vor allem in der europäischen Reifenindustrie. Diese Tatsache veranlaßte den Bankvorstand 1973 einen Kooperationspartner für Semperit zu suchen. Man fand ihn in der französischen Reifenfirma Kléber-Colombes, einer Tochtergesellschaft des Michelin Konzerns. Doch war diese Kooperation von Beginn an durch Schwierigkeiten gekennzeichnet. Man hatte bei der Wahl des etwa gleich großen Partners die finanzielle und industrielle Dominanz der dahinterstehenden Muttergesellschaft zuwenig beachtet. Michelin versuchte nämlich, die Vorherrschaft in der Kooperation zu gewinnen und den technischen Vorsprung Semperits z. B. in der LKW-Reifenproduktion für die eigenen Werke zu nutzen. Neben diesen Angriffen auf die Selbständigkeit Semperits durch den französischen Partner gelang es auch nicht, das Joint-venture aus den roten Zahlen zu führen. So mußte die CA-BV ihre Beteiligung an der gemeinsamen Holding-Gesellschaft Semkler insgesamt um 338 Millionen Schilling abwerten. 1979 endete die Kooperation. Die anhaltende Krise in der Reifenindustrie zwang die Bank jedoch, dem Unternehmen Kapital von rund 570 Millionen Schilling zuzuführen.²⁶

Neben diesen beiden Versuchen, aktive industriepolitische Maßnahmen für ihre Industriebeteiligungen zu setzen, entschloß sich die CA-BV – konfrontiert mit erheblichen strukturellen Problemen in den Unternehmungen seit Mitte der siebziger Jahre – zur Verkaufsstrategie.

Diese veränderte Konzernpolitik ist nicht nur mit der Weltanschauung des damaligen Generaldirektors Dr. Heinrich Treichl, dem verstaatlichter Besitz sicher kein Hauptanliegen war (er selbst bezeichnet sich als konzernscheu), zu erklären, sondern auch mit dem Wunsch der Bank, ihr Risiko zu verringern. Denn Krisen von Konzerntöchtern belasten die Bank doppelt: als Kreditgeber und als Eigentümer. Wobei es bei zweitem mit dem Staat als Mehrheitsaktionär fast unmöglich

ist, Beteiligungsunternehmen in Konkurs gehen zu lassen. Vor diesem Hintergrund entschloß man sich ab Mitte der siebziger Jahre zur „Straffung im Beteiligungsbesitz“.²⁷ Diese Straffung war in den meisten Fällen der Verkauf von Firmenteilen oder ganzen Unternehmen: Im November 1975 wurde die AG der Österreichischen Fez-Fabriken von ihrer Eigentümerin, der CA-BV, an den amerikanischen Textilkonzern Huyck Corp. verkauft (dieser wurde 1980 von der British Tire and Rubber Company übernommen). Bis 1974 waren im Besitz der CA-BV zwei Fertigungsstätten für Filztücher, das Werk Wasenbruck der Hutter & Schrantz AG sowie die AG der Österreichischen Fez-Fabriken. Es gelang nicht, Märkte unter diesen beiden Unternehmen aufzuteilen – ganz im Gegenteil, sie konkurrenzten sich sowohl national wie auch international sehr stark. 1974 kam es dann – bereits als Voraussetzung für den Verkauf – zur Strukturbereinigung: die Filz- und Trockensiebproduktion von Hutter & Schrantz wurde zu Fez nach Gloggnitz verlagert.

Danach gab es einige Jahre keine nennenswerten Veränderungen im „Industriekonzern“ der CA-BV. 1979 wurden dann zum Verkauf von 51 Prozent der Lapp-Finze Eisenwarenfabrik AG an die deutsche Roto-Frank GmbH verkauft. 1980 folgte der Verkauf von zwei bedeutenden CA-BV Tochtergesellschaften: Austria Email und Hübner Vamag. Beide Unternehmen waren durch technologische Rückständigkeit bei einem Teil ihrer Produktpalette in erhebliche Schwierigkeiten geraten. Austria Email hatte den veränderten Konsumentenwünschen – speziell bei Badewannen und Kochgeschirr – zu spät Rechnung getragen. Die Elin-Union AG übernahm 1980 eine Mehrheitsbeteiligung an Austria Email und fusionierte sie mit ihrer Tochtergesellschaft EHT Gesellschaft für Elektroheizungstechnik GmbH. Der Wiener Standort der Austria Email wurde geschlossen und die neugegründete Austria Email EHT produziert nun Elektro- und Gasheißwasserspeicher in Knittelfeld und der ehemaligen Betriebsstätte von EHT in Wien.

Hübner Vamag, Wien – Anfang der sechziger Jahre aus den Firmen Huebner + Maier und Teudloff entstanden – war neben den erwähnten technologischen Problemen auch durch wirtschaftliche Fehldispositionen in erhebliche Schwierigkeiten geraten. Die amerikanische Firma Combustion Engineering übernahm über die Tochtergesellschaft Gray Tool, Houston, die beiden Wiener Standorte. Das Werk in Köflach in der Steiermark ging an die Maschinenfabrik Andritz.

1982 übernahm die Schweizer Thyll-Gruppe über ihre österreichische Tochtergesellschaft Linz Textil AG die zur CA-BV-Industriegruppe gehörende Spinnerei der Pottendorfer Textilwerke in Felixdorf, die Weberei ging an die Spinnerei und Weberei Ebensee AG, die der bundesdeutschen Familie Piduhn gehört. Ein Jahr später kam es zu einer Reihe von Verkäufen im CA-BV-Industriekonzern: Die Papierfabrik Niklasdorf der Leykam Mürztaler sollte zuerst an die saudiarabische Fouad-Gruppe verkauft werden. Im letzten Moment scheiterte die Übernahme, und mit erheblichen öffentlichen Förderungen ging sie dann an den österreichischen Papierindustriellen Thomas Prinzhorn.

Die Hitiag GmbH verkaufte im selben Jahr ihre 50 prozentige Beteiligung an dem Tapetenerzeuger Piltex Tapeten- und Textilwarenerzeugungs GmbH an den zweiten Gesellschafter, der Skandinaviska Jute Aktienbolag und die Mehrheitsbeteiligung an der Neudagarn GmbH an die schweizerische SWI AG. Die Firma P. Greiner, Kremsmünster, übernahm die Schaumstofferzeugung Wegscheid, die Schaumstoffwerke R. Gritzky GmbH die „Sembella Matratzen“ von der Semperit AG. 1984 wurde dann eine weitere Papierfabrik der Leykam Mürztaler verkauft: Das Werk Frohnleiten ging an den oberösterreichischen Wellpappeerzeuger Bauernfeind.

Der Verkauf von 75 Prozent der Semperit Reifen GmbH im Jahre 1985 an die Continental Gummiwerke AG in Hannover war die größte Transaktion innerhalb des CA-BV Industriekonzerns in den letzten Jahren. Im gleichen Jahr ging auch die Kunststoffenstererzeugung Semperdur an den Privatunternehmer Hochleutner, dessen Unternehmen im Jahre 1986 nach einem Ausgleichsverfahren wiederum an zwei bulgarische Unternehmen ging. Im Jahre 1985 wurde noch die Hutter & Schrantz Bautechnik GmbH in Klagenfurt an die private Unternehmensgruppe Assmann, und die Pavin-Papierveredelungsindustrie GmbH an die Neusiedler AG für Papierfabrikation verkauft. 1986 ist es dann zu einem Verkauf von zwei Standorten der Stölzle Oberglas AG gekommen. Die schweizerische Vetropack-Gruppe übernahm das Werk in Pöchlarn, die österreichische Firma Manfred Swarovski jun., Amstetten, das Werk Nagelberg. Die Semperit Tochtergesellschaft Interplastic wurde an den britischen Chemiekonzern ICI verkauft. Leykam Mürztaler ging mit dem französischen Papierhersteller Aussedat Rey eine Kooperation im Bereich der Druck- und Schreibpapiere ein. Im Zuge dieser Zusammenarbeit übernahm Aussedat Rey drei Prozent des Aktienkapitals der Leykam. Weiters verringerte die CA-BV ihre Beteiligung an der Wertheim Werke AG von 42 auf 25 Prozent, die Aktien wurden vom zweiten Gesellschafter der Wertheim Werke, der Schweizer Schindler-Gruppe, übernommen. Im heurigen Jahr wurde die Zweiradproduktion von Steyr-Daimler-Puch und die Marke Puch an den italienischen Zweiradproduzenten Piaggio verkauft, und Stölzle-Oberglas verkaufte den Standort Oberdorf in Bärnbach der bundesdeutschen Grupp-Gruppe. Der Verkauf der meisten dieser Unternehmungen dürfte wohl kaum in Verfolgung einer wohldurchdachten industriepolitischen Strategie, sondern eher unter dem Motto "weg mit Schaden" erfolgt sein.

1985 kam es bei drei CA-BV Industriebeteiligungen, nämlich der Steyr-Daimler-Puch AG, der Maschinenfabrik Andritz AG und der Maschinenfabrik Heid AG zu erheblichen Schwierigkeiten, sodaß – wollte man den Bestand der Bank nicht gefährden – ein Zuschuß des Staates vonnöten war. Dieser betrug 7,28 Milliarden Schilling und war an die Erarbeitung und Umsetzung von Konzepten gebunden. Die Entwicklung von Steyr-Daimler-Puch in den letzten Jahren zeigt, daß das Konzept Steyr-Daimler-Puch betreffend, von viel zu optimistischen Voraussetzungen ausgegangen ist und noch immer nicht greift.

Die Entwicklung der Industriebeteiligungen der ÖLB war im Vergleich zu derjenigen der CA-BV ungleich ruhiger und von keinen Verkäufen gekennzeichnet. Das Kreditengagement der ÖLB bei einigen großen österreichischen Industrieunternehmen (Eumig, ÖKG, Sleepy, Funder und Schartner) zu Beginn der achtziger Jahre war jedoch mehr als unglücklich und erforderte – um die Substanz der Bank nicht zu gefährden – ebenfalls einen Zuschuß des Staates. Eine Dokumentation dieser Fälle würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, doch soll kurz auf den Fall Eumig eingegangen werden, da dieses Unternehmen ein Jahr lang im Eigentum der ÖLB stand. Das ehemalige Paradeunternehmen Eumig konzentrierte ab Mitte der siebziger Jahre erhebliche Ressourcen des Unternehmens auf die Produktion von Polaroid-Sofort-Schmalfilmkameras. Nicht zuletzt durch internationale Veränderungen der Nachfrage in diesem Bereich geriet das Unternehmen in erhebliche Schwierigkeiten. Von der Krise Eumigs war auch die ÖLB stark betroffen. Im Mai 1980 wurde das Kreditengagement der ÖLB bei Eumig in ein Beteiligungsverhältnis umgewandelt und der Versuch einer Sanierung des Unternehmens gestartet. Im August 1981 beschloß der Vorstand der Länderbank dann die Einstellung der Finanzierung der Eumig. Die Folge davon war die Einleitung eines Konkursverfahrens. Wie in der Untersuchung „Der Fall Eumig“ gut dokumentiert ist, war der Versuch, Eumig zu retten, ein in der österreichischen Wirtschaftslandschaft ungewöhnliches und sehr ehrgeiziges Vorhaben der ÖLB. Doch gelang es dem Management der ÖLB nicht einmal in Ansätzen, positive Akzente zu einer erfolgreichen Sanierungsaktion zu setzen. „Natürlich bedeutet Sanierung vor allem: Trennung von Überholtem. Sehr wesentlich aber geht es um das möglichst rasche Erkennen der gesunden Substanz und Entwicklung der aussichtsreichen Bereiche des Unternehmens. Das heißt im Umkehrschluß: Eine Sanierung kann keine Operation ohne Schmerzen sein, will man den Bestand des Unternehmens – und Arbeitsplätze – langfristig sichern. Eine ‚Operation ohne Schmerzen‘ hatte man jedoch bei der Eumig versucht. Der Erfolg: Zweieinhalb Milliarden Schilling wurden in ein Unternehmen gesteckt, das letzten Endes so, wie es ‚saniert‘ wurde, nicht lebensfähig sein konnte.“²⁸

4. Organisationsformen der Industriebeteiligungen

Die Organisationsformen der Industriebeteiligungen der CA-BV und der ÖLB unterscheiden sich erheblich voneinander. Die CA-BV sieht die Beteiligungen als Konzernunternehmen und versucht, über ein Konzernbüro die Eigentümerinteressen durchzusetzen. So wurden beispielsweise die Verkaufsverhandlungen bezügl. der oben angeführten Industriebeteiligungen schwerpunktmäßig vom CA-BV-Konzernbüro geführt. Unternehmenskonzepte wurden ebenfalls gemeinsam mit Leuten aus den betroffenen Unternehmen und mit außenstehenden Beratern vom Konzernbüro erstellt. Schließlich ist das Konzernbüro auch

Sanierungskontrolle für jene Unternehmen, die 1985 Ursache des Finanzzuschusses des Bundes an die CA-BV war.

Die ÖLB definiert im Vergleich dazu ihr Verhältnis zu den Industriebeteiligungen als „partnerschaftlich“. Diese Partnerschaft hat zum Inhalt, daß man sich von Seiten der ÖLB nicht in das Tagesgeschehen der Unternehmen einmengt, sondern die Beteiligungsverwaltung der ÖLB vierteljährlich Ergebnisberichte erhält, mit deren Hilfe man den Erfolg des Unternehmens zu beurteilen versucht (diese Ergebnisberichte sind auch in der CA-BV üblich). Die Beteiligungsverwaltung bietet den Unternehmungen auch Hilfestellungen bzw. Dienstleistungen wie z. B. internationale Branchenvergleiche. Will man die unterschiedliche Organisationsform beider Banken zusammenfassen, so läßt sich sagen, daß die CA-BV sich wesentlich mehr in die Entscheidungen der Konzernunternehmen einmengt, als dies bei der Länderbank der Fall ist.

Eine wirklich befriedigende Erklärung für die relativ zum CA-Konzern erfolgreiche Entwicklung der bestehenden ÖLB-Industriebeteiligungen in den letzten Jahren gibt aber die unterschiedliche Organisationsform allein wohl nicht. Sehr vereinfachend könnte man diese Unterschiede in der Gestionierung der Konzernunternehmen auf die Feststellung reduzieren, daß die ÖLB bei der Auswahl der Manager für ihre Industriebeteiligungen glücklicher und damit erfolgreicher war.

5. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Sowohl bei der Industrialisierung Österreichs als auch beim Wiederaufbau der Industrie nach dem Zweiten Weltkrieg spielten die beiden Banken eine wichtige Rolle. Mangels privatem Risikokapital bzw. eines funktionierenden Kapitalmarktes hatten die Banken eine entscheidende Aufgabe bei der Finanzierung der Industrie. Allerdings waren die Voraussetzungen zu beiden Zeitpunkten völlig unterschiedlich.

Bei Gründung der beiden Banken im 19. Jahrhundert war ihnen ausschließlich die Rolle des Financiers der Industrie und des Handels zugeordnet. Spezialisiert auf diesen Bereich gelang es ihnen, ein erhebliches Wissen über den produktiven Sektor aufzubauen und damit auch einen wichtigen Beitrag zu industriepolitischen Zielsetzungen zu leisten.

Dies soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß wahrscheinlich nationale industriepolitische Strategien kaum im Vordergrund bei Entscheidungen der Banken gestanden sind, sondern eher bankspezifische betriebswirtschaftliche Überlegungen. Trotzdem spielten die Banken eine ganz wichtige und positive industriepolitische Rolle zur Zeit der Industrialisierung Österreichs.

Die altösterreichische Industrie – bereits vor dem Ersten Weltkrieg in beträchtlichem Ausmaß von den Banken beherrscht – wurde nicht zuletzt zur Absicherung der eigenen Machtsphäre von diesen weiterge-

führt, aber man verabsäumte, sich rechtzeitig auf veränderte Marktbedingungen einzustellen. Dies läßt sich gut am Beispiel der Internationalisierungsbestrebungen der Unternehmen beweisen. Man erkannte zwar in den sechziger Jahren die Notwendigkeit der Internationalisierung der Industrieunternehmen, aber sowohl im Fall Semperit (Irland) als auch bei Steyr-Daimler-Puch (Nigeria, Griechenland, Spanien) war ihre Durchführung möglicherweise aufgrund mangelnder Professionalität nicht erfolgreich.

Insgesamt führte diese Einstellung der Banken, die Industriebeteiligungen eher zu verwalten, als aktiv das Geschick der Unternehmen zu gestalten, dazu, daß es nach dem unmittelbaren Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg in vielen Fällen nicht – oder oft erst sehr spät – gelang, den notwendigen Strukturwandel in den Beteiligungsunternehmen zu bewältigen. Die Eigentümer zeigten an der Lösung von strukturellen Problemen ihrer Industriebeteiligungen zu wenig aktives Interesse, sondern begannen sich meist erst um die Unternehmen zu kümmern, wenn deren Verluste auch erhebliche Auswirkungen auf die Bank mit sich brachten. Es gab unseres Wissens auch kaum Bemühungen – dies gilt allerdings für beide Seiten – Strukturbereinigungen zwischen Unternehmungen der direkt Verstaatlichten Industrie und den Industriebeteiligungen der Banken durchzuführen.

Die fehlenden strategischen Überlegungen der Banken gegenüber ihren Industriebeteiligungen führten bei einigen Unternehmungen – vor allem im CA-BV-Bereich – zu einer Situation, in der letztendlich der Verkauf die einzige Lösung darstellte. Es gelang bei diesen Verkäufen in den wenigsten Fällen eine österreichische Lösung zu realisieren, sondern der weitaus größte Teil der verkauften Unternehmen ging an ausländische Eigentümer über.

Nun ist eine Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft sicher notwendig, doch darf darunter nicht nur der Verkauf österreichischer Unternehmungen ans Ausland verstanden werden. Vielmehr sollte Internationalisierung aktiv im Sinne eines strategischen Konzepts der Forcierung österreichischer Investitionen und Joint-ventures im Ausland sowohl im Industrie- wie auch im Bankenbereich verstanden werden.

Der CA-BV-Generaldirektor Dr. Hannes Androsch betonte anlässlich einer Präsentation von Strukturverbesserungsmaßnahmen den Industriekonzern betreffend, daß die Verkäufe an ausländische Unternehmen ein wirksames Rezept darstellen, um lebensfähige Industriestrukturen zu erreichen.²⁹ Für den außenstehenden Beobachter ist allerdings nur schwer zu erkennen, welche langfristigen, planenden Überlegungen der Anlaß zu den Verkäufen der Konzernunternehmungen waren. Vielmehr lassen diese kaum ein strategisches Konzept vermuten, sondern vermitteln eher den Eindruck von Notverkäufen eines angesichts gravierender Strukturschwächen ratlosen Eigentümers.

Offensichtlich bedarf die Führung von Industrieunternehmen völlig anderer Voraussetzungen, als es Bankgeschäfte erfordern. Womit nicht gesagt werden soll, daß Industriebeteiligungen von Banken grundsätz-

lich problematisch sind. Ganz im Gegenteil: Eine Bank als Muttergesellschaft kann für Industriebeteiligungen erhebliche Vorteile bieten. Beispielsweise könnte eine international tätige „Bankmutter“ bei der Internationalisierung eines Unternehmens von Vorteil sein. Ohne Zweifel ist es für den Abschluß eines Geschäftes im Ausland von Vorteil, wenn der Eigentümer des Geschäftspartners eine große österreichische Bank ist. Weiters hat die Bank als Financier von anderen Industrieprojekten Wissen akkumuliert, das von großem Nutzen für die Tochtergesellschaft sein könnte. Dies bedeutet, daß eine Bank als Muttergesellschaft für ein Industrieunternehmen umso wertvoller ist, je mehr sie auf dem Gebiet der Industriefinanzierungen arbeitet. Daher wäre es gerade in Zeiten struktureller Probleme für die Industriebeteiligungen sicher von Vorteil, wenn die Banken den Unternehmen industriespezifisches finanztechnisches Know-how zur Verfügung stellen könnten.

Der eigentliche Vorwurf, den man den Banken bezüglich der Industriefinanzierung in den letzten Jahrzehnten machen muß, ist, daß sie zu wenig innovativ waren und nicht einmal die im Ausland praktizierten Finanztechniken zur Finanzierung von Unternehmensgründungen, Unternehmensumstrukturierungen, Fusionen, Internationalisierung u. a. Aufgaben studierten und anwendeten. Venture Capital, Seed financing, leveraged buy outs, mergers and acquisitions, strategic alliances waren leider für viele Bankmanager allzu lange Fremdwörter und sind es für manche heute noch! Will der österreichische Bankensektor jedoch überleben und dem in Zukunft gerade in diesem Bereich schärfer werdenden internationalen Wettbewerb standhalten, dann muß er sich schleunigst von seinen veralteten Geschäftspraktiken trennen und eine offensive Internationalisierungsstrategie verfolgen. Wobei unserer Meinung nach gerade die Industrie und der wachsende produktionsnahe Dienstleistungssektor eine Reihe von innovativen Ansätzen in der Gründungs- und Internationalisierungsfinanzierung bietet.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Finanzmärkte, Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, Wien 1985, S. 67.
- 2 Vgl. März, Eduard, Besonderheiten in der Entwicklung des österreichischen Bankwesens in: Schollers Jahrbuch, Sonderdruck, 77. Jahrgang, Seite 62.
- 3 Die Idee des *Crédit mobilier*, entwickelt von den Brüdern Emile und Isaak Pereire, bestand darin eigene Obligationen auszugeben, die nicht durch die Werte des Bodens, sondern durch jene von im industriellen Gründungsgeschäft erworbenen Aktien besichert sein sollten. Sie gaben auch Kredite ohne besondere Sicherheiten. Die Geschäftsmöglichkeiten der Bank sollten durch ein in ständiger Bewegung gehaltenes Effektenportefeuille und hiermit erzielt Kursgewinn gestärkt werden. Als Aktionär und Kreditgeber konnte somit die Bank mit verhältnismäßig wenig Kräften einen großen Einfluß auf das gesamte Wirtschaftsleben ausüben.
Vgl. hiezu: Scheffer, Egon, Das Bankwesen in Österreich. Entstehung, Entwicklung, Bedeutung für Wirtschaft und Geist; Wien 1924, S. 170 ff.
- 4 Vgl. Scheffer, 1924, S. 191
- 5 März, Eduard, Österreichische Industrie- und Bankenpolitik in der Zeit Franz Josef I., Wien 1968, S. 81.

- 6 Scheffer, Egon, 1924, S. 203.
- 7 Scheffer, Egon, 1924, S. 202.
- 8 März, Eduard, 1968, S. 152.
- 9 Unter industriellem Bankgeschäft ist die direkte Kreditgewährung, eigene Kapitalbeteiligungen am Unternehmen, die Emission von Wertpapieren, und Kreditvermittlung zu verstehen.
- 10 März, Eduard, 1968, S. 297.
- 11 Krizek, Jurij, Die wirtschaftlichen Grundzüge des österreichisch-ungarischen Imperialismus in der Vorkriegszeit, Prag 1963.
- 12 Vgl. März, Eduard, Österreichische Bankenpolitik in der Zeit der großen Wende 1913–1923, Wien 1981, S. 75.
- 13 März, Eduard, 1981, S. 351.
- 14 Weber, Fritz, Auslandskapital in der Ersten Republik, in: Arbeit und Wirtschaft 5/79, S. 11.
- 15 März, Eduard, Weber, Fritz: Das Vorspiel zum Anschluß in: Die Zukunft 1978, Nr. 8, S. 40.
- 16 Klambauer, Otto, Die Frage des Deutschen Eigentums in Österreich, Jahrbuch für Zeitgeschichte 1978, S. 144.
- 17 Im Laufe der Erarbeitung dieses Teils der Arbeit führten wir auch folgende Informationsgespräche:
 - Dr. Heinrich Treichl am 21. November 1986 und am 12. Dezember 1986
 - Dr. Josef Fritz (Sekretär des Generaldirektor der ÖLB) 9. Dezember 1986
 - Dr. Erich Pimmer (Leiter des Konzernbüros der CA-BV) 16. Dezember 1986
- 18 Quellen: Angaben des Konzernbüros der CA-BV, Industriekompaß 1947/48 und Finanzkompaß. Die Liste umfaßt nur Mehrheitsbeteiligungen, es ist aber aufgrund der lückenhaften Dokumentation zu dieser Zeit durchaus möglich, daß sich auch einige Minderheitsbeteiligungen in der Liste befinden.
- 19 Vodopivec, Alexander, Wer regiert in Österreich. Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1960, S. 154 und 155.
- 20 Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Verwaltungsjahr 1958.
- 21 Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Verwaltungsjahr 1958, S. 75.
- 22 Vgl. Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Verwaltungsjahr 1958, S. 76 und Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Verwaltungsjahr 1962, S. 140.
- 23 Vgl. Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Verwaltungsjahr 1968, S. 223 und Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Verwaltungsjahr 1974, S. 249.
- 24 Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Verwaltungsjahr 1968, S. 223.
- 25 Nachtrag zum Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Verwaltungsjahr 1978, S. 92
- 26 Vgl. Goldmann, Wilhelmine, Semperit: Erfahrungen mit einem multinationalen Konzern; in: Informationen über multinationale Konzerne 1/1979, S. 29 ff. und Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Verwaltungsjahr 1978, S. 91.
- 27 Unterlage zur Pressekonferenz „Zur Lage des CA-Konzerns am 1. März 1985.“
- 28 Friedrich, Gerhard, Der Fall Eumig, Orac Verlag 1987, S. 262.
- 29 Beim Eigentümer mobil sein, in: Industrie 5..August 1987, S. 22 ff.